

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 40/2001

Berlin

4. Oktober 2001

68. Jahrgang

Erfolgreiche Beschäftigungspolitik in Frankreich

Seit Mitte der 90er Jahre konnte die Arbeitslosigkeit in Frankreich stark gesenkt werden. Die standardisierte Arbeitslosenquote lag zuletzt mit 8,5 % nur noch geringfügig über derjenigen Deutschlands und des Euroraumes. Gleichzeitig ist die Beschäftigung rascher als in Deutschland gestiegen. Die gegenwärtige Konjunkturlaute bremst zwar den weiteren Fortschritt auf dem Arbeitsmarkt auch in Frankreich. Die Kombination von Wachstums-, Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitverkürzungspolitik ist dort aber durchaus geeignet, nach Überwindung der konjunkturellen Schwäche an die beschäftigungspolitischen Erfolge der letzten Jahre anzuknüpfen.

Verschlechterung der Arbeitsmarktlage bis 1997

Nach der Rezession von 1993 war es Frankreich — ähnlich wie vielen anderen Ländern in Europa — zunächst nicht gelungen, auf einen Pfad kräftigen Wirtschaftswachstums zurückzukehren. Dabei wäre dies umso notwendiger gewesen, als die Schwächephase von 1991 bis 1993 in Frankreich besonders ausgeprägt gewesen war und die (standardisierte) Arbeitslosenquote auch in den Jahren danach deutlich über derjenigen Deutschlands, aber auch des Euroraumes insgesamt lag. Um im Zuge der monetären Integration den Wechselkurs zur D-Mark zu halten, waren in dieser Zeit ungeachtet der hohen Arbeitslosigkeit weit höhere Realzinsen als in Deutschland erforderlich (Abbildung 1). Da auch die Finanzpolitik trotz der Wachstumsabschwächung auf die Erreichung der Maastrichter Konvergenzkriterien ausgerichtet werden musste, konnte sie der restriktiven Geldpolitik zunächst nicht entgegenwirken.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich bis Mitte der 90er Jahre fortlaufend; die Arbeitslosenquote stieg 1996/97 auf rund 12 ½ % (Tabelle 1). Besonders pro-

Abbildung 1

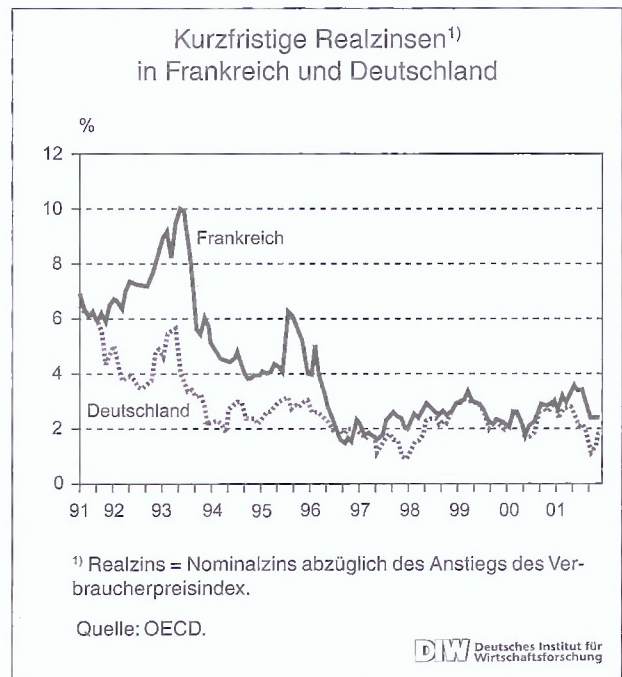


Tabelle 1

Wirtschaftliche Indikatoren für Frankreich, Deutschland und den Euroraum 1997 bis 2001

	Frankreich						Deutschland						Euroraum					
	1997	1998	1999	2000	2001	Index 2001 (1996 = 100)	1997	1998	1999	2000	2001	Index 2001 (1996 = 100)	1997	1998	1999	2000	2001	Index 2001 (1996 = 100)
Bruttoinlandsprodukt (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,9	3,5	3,0	3,4	1,7	114,2	1,4	2,0	1,8	3,0	1,0	109,5	2,3	2,8	2,6	3,4	1,9	113,8
Inlandsnachfrage																		
Privater Konsum	0,1	3,6	3,2	2,7	2,2	112,3	0,6	1,8	3,1	1,5	1,0	108,2	1,6	3,0	3,2	2,6	1,7	112,6
Staatskonsum	2,1	-0,1	2,0	2,3	1,6	108,2	0,4	1,2	1,6	1,2	0,8	105,3	1,3	1,2	2,1	1,9	1,3	108,0
Anlageinvestitionen	-0,1	7,2	6,2	6,2	3,6	125,1	0,6	3,0	4,2	2,3	-1,4	108,9	2,5	5,1	5,5	4,4	1,5	120,5
Exporte	12,1	8,2	3,9	13,4	4,8	149,7	11,2	6,8	5,6	13,2	5,5	149,8	10,4	7,1	5,1	11,9	5,2	146,3
Importe	7,2	11,9	4,2	15,2	4,7	150,7	8,3	8,9	8,5	10,0	4,3	146,8	9,0	9,7	7,0	10,7	4,1	147,4
Standardisierte Arbeitslosenquote (in %)	12,3	11,8	11,2	9,7	8,7	x	9,9	9,3	8,6	7,9	7,9	x	11,6	10,8	10,0	8,9	8,4	x
Beschäftigung (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,5	1,4	1,4	2,4	1,6	107,5	-0,2	0,9	1,1	1,5	0,9	104,3	0,8	1,7	1,8	2,2	1,5	108,3
Erwerbsbevölkerung (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,7	0,6	0,7	0,6	0,5	103,1	0,8	0,4	0,3	1,0	0,4	102,9	0,8	1,0	0,8	1,1	0,8	104,6
Lohnstückkosten (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,9	0,3	1,4	1,3	1,7	105,7	-1,0	0,0	1,1	0,0	1,5	101,6	0,5	0,4	1,4	1,2	1,6	105,2
Verbraucherpreise (HVPI) (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,3	0,7	0,6	1,8	2,3	106,9	1,5	0,6	0,6	2,1	2,7	107,7	1,6	1,1	1,1	2,3	3,0	109,4
Finanzierungssaldo des Staates (in % des nominalen BIP, Maastricht-Abgrenzung)	-3,0	-2,7	-1,6	-1,4	-1,9	x	-2,7	-2,1	-1,4	-1,0	-2,1	x	-2,6	-2,1	-1,2	-0,7	-1,3	x
Leistungsbilanzsaldo (in % des nominalen BIP)	2,7	2,6	2,6	1,9	1,7	x	-0,1	-0,3	-0,9	-1,1	-1,3	x	1,5	1,0	0,4	-0,1	-0,2	x
Quellen: OECD; Europäische Kommission; Statistisches Bundesamt; 2001: Prognose des DIW Berlin, Stand Juli 2001.																		

blematisch war, dass der Anteil der Jugendarbeitslosigkeit mit rund 27 % im Jahre 1995 etwa dreimal so hoch war wie in Deutschland und auch merklich höher als im Durchschnitt der Europäischen Union (21,5%).¹

Neuorientierung der Wirtschaftspolitik seit 1997

Von 1997 bis 2000 wuchs die französische Wirtschaft um jährlich gut 3 %. Das Wachstum lag damit etwas über dem Durchschnitt des Euroraumes und Großbritanniens, vor allem aber über demjenigen in Deutschland (rund 2 %). Entscheidend für die unterschiedlichen Entwicklungen war die *Stärkung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage* in Frankreich (Abbildung 2). Zum ersten Mal seit Be-

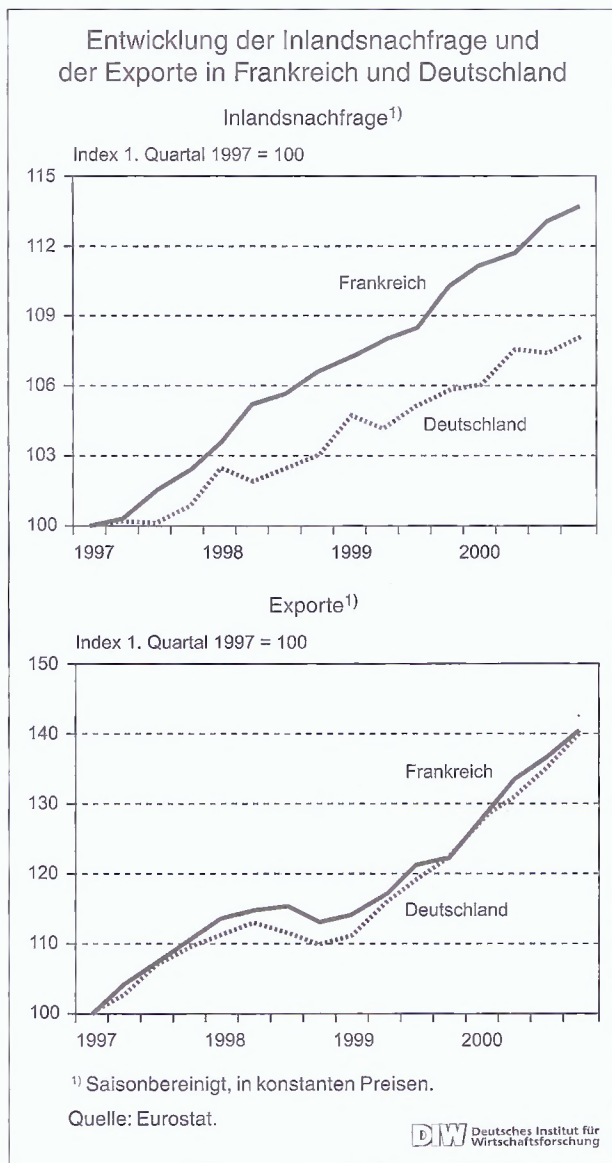
ginn der 90er Jahre expandierte der private Verbrauch wieder kräftig über einen längeren Zeitraum, und dies stärker als in den anderen großen Volkswirtschaften Europas mit Ausnahme Großbritanniens. Hinter dieser Entwicklung stand eine neue Weichenstellung der Wirtschaftspolitik, zu der es mit dem Wechsel der französischen Regierung im Sommer 1997 gekommen war. Gleich zu Beginn wurde der Mindestlohn (SMIC) mit 4 % spürbar angehoben. Sozialleistungen wurden verbessert, vor allem für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen und Familien, die beide eine hohe Konsumneigung aufweisen.² Zur Stimulierung der Kaufkraft wurden zudem Sozialabgaben gesenkt. Zwar gab es zur Gegenfinanzierung auch Einschnitte auf der Ausgabenseite; durch die nun stärker einkommensabhängige Gestaltung sozialer Leistungen waren davon aber eher Einkommensbezieher mit höherer Sparquote betroffen, so dass der Bremseffekt bei der Konsumnachfrage gering ausfiel. In die gleiche Richtung zielte die Erweiterung der Bemessungsgrundlage für die Sozialsteuer, wobei Kapitaleinkünfte stärker als bisher mit einbezogen wurden.

Begünstigt wurde das Wirtschaftswachstum auch dadurch, dass die Realzinsen im Vorfeld der Einführung des Euro zum ersten Mal seit Beginn der 90er Jahre in etwa auf das bis dahin wesentlich niedrigere deutsche Niveau zurückgingen (Abbildung 1). Hierin spiegelt sich die glaubwürdige Anpassung an das deutsche Stabilitätsniveau in der angestrebten Währungsunion. Die monetäre Restriktion nahm damit in Frankreich deutlich ab.

Anders als in Deutschland war die *Lohnpolitik* 1997/2000 nicht auf eine Senkung der Lohnstückkosten ausgerichtet (Tabelle 1). So nahmen die nominalen Stundenlöhne merklich stärker zu als in Deutschland. Bei gleicher Produktivitätsentwicklung bedeutete dies, dass auch die Lohnstückkosten stärker zunahmen (Tabelle 2). Dies zeigt, dass ein höheres Wachstum nicht unbedingt mit einer Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmerinkommen verbunden ist.³ Wie zudem die Entwicklung der Exporte zeigt (Abbildung 2), war die französische Wettbewerbsfähigkeit insgesamt nicht beeinträchtigt.

Mit dem höheren Wirtschaftswachstum verbesserte sich die Arbeitsmarktlage deutlich. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in den Jahren 1997 bis 2001 um 7,5 % (Tabelle 1 und Abbildung 3); auch das Arbeitsvolumen in

Abbildung 2



¹ Angaben aus: Europäische Kommission, Beschäftigung in Europa 1996.

² Freilich standen alle Maßnahmen zunächst unter der Restriktion, den Abbau der öffentlichen Schulden, insbesondere im Bereich der Sozialversicherung, voranzutreiben. Immerhin schraubte die Finanzpolitik das Tempo der Konsolidierung auf das nach dem Maastricht-Vertrag gerade noch zulässige Maß zurück; die Defizitquote betrug 1997 genau 3 %.

³ Vgl.: Beschäftigungspolitische Strategien und Erfolge — Großbritannien und Frankreich im Vergleich. Bearb.: Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 50-51/1999, S. 937.

Tabelle 2

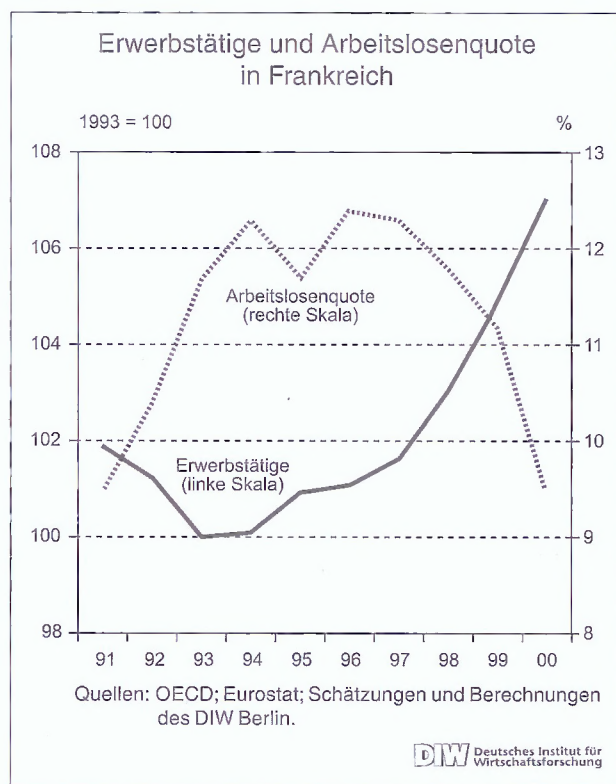
Stundenlöhne, Stundenproduktivität und Lohnstückkosten in Frankreich und Deutschland 1997 bis 2000
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	Frankreich			Deutschland		
	Stundenlöhne ¹⁾	Stunden- produktivität ²⁾	Lohnstückkosten	Stundenlöhne ¹⁾	Stunden- produktivität ²⁾	Lohnstückkosten
1997	3,0	2,1	0,9	1,2	2,1	-1,0
1998	2,4	2,1	0,3	2,0	1,9	0,0
1999	2,8	1,4	1,4	1,9	0,8	1,1
2000	3,7	2,4	1,3	1,6	1,7	0,0

¹⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Stunde. — ²⁾ Reales Bruttoinlandsprodukt je Stunde.
Quellen: OECD; Eurostat; Schätzungen und Berechnungen des DIW Berlin.

Stunden konnte deutlich — und wesentlich stärker als in Deutschland — ausgeweitet werden (Abbildung 4). Die Arbeitslosenquote ging von ihrem Höhepunkt im Frühjahr 1997 (gut 12 ½ %) bis zum Frühjahr dieses Jahres um fast 4 Prozentpunkte zurück. Zugleich ließ die gute Konjunktur die öffentlichen Einnahmen rasch steigen, während die durch Arbeitslosigkeit verursachten Ausgaben sanken. Die anfänglich behutsame Konsolidierung begann sich nun auszuzahlen. Schon 1999 zog Frankreich, das im Vorfeld des Maastricht-Vertrages wesentlich höhere Defizite ausgewiesen hatte, mit einem Defizit von rund 1 ½ % mit Deutschland fast gleich.

Abbildung 3



Die Maßnahmen im Einzelnen

Die wichtigsten Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Beschäftigungslage in Frankreich lassen sich in drei Aktionsfelder gliedern: Öffentliche Finanzen, Arbeitsmarktpolitik und Arbeitszeitpolitik.

Öffentliche Finanzen

Hier steht ein mehrjähriges Programm für Steuersenkungen im Vordergrund; zudem haben die Sozialpartner beschlossen, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung weiter zu reduzieren. Auf der Ausgabenseite soll die Expansion lediglich begrenzt werden, um eine behutsame weitere Konsolidierung zu ermöglichen.

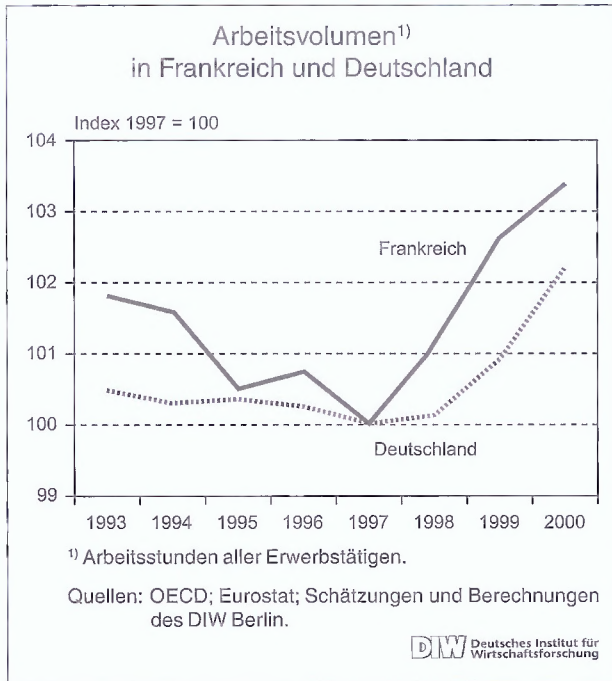
Bereits im Jahre 2000 kam es zu einer erheblichen steuerlichen Entlastung. Dabei lag der Schwerpunkt mit rund 60 Mrd. FF (rund ein Prozent der verfügbaren Einkommen) bei den privaten Haushalten. In diesem Jahr sind es weitere rund 50 Mrd. FF. Während der Akzent im Jahre 2000 stärker auf einer Reduzierung der indirekten Steuern⁴ lag, steht in diesem Jahr die Senkung des Einkommensteuersatzes (mit 23,4 Mrd. FF Mindereinnahmen) im Vordergrund, was den Konsum tendenziell noch stärker fördern dürfte. In die gleiche Richtung wirkt die Abschaffung der Autosteuer (vignette) mit 12 Mrd. FF.

Zusätzliche Steuerentlastungen bis zum Jahr 2003 sind bereits angekündigt; für 2002 sind im soeben vorgelegten Budgetentwurf⁵ knapp 40 Mrd. FF eingeplant, vor allem für private Haushalte. Angesichts der verschlechterten Konjunktur und damit der spärlicher fließenden Steuereinnahmen könnte diese Absicht aber im Widerspruch zur weiteren Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ste-

⁴ Regelsatz der Umsatzsteuer, Abgaben auf Mineralölprodukte und Wohnungssteuer.

⁵ Le Monde, 19. September 2001.

Abbildung 4



hen, so wie sie bisher in den EU-Stabilitätsprogrammen vorgesehen ist.⁶ Dringend ist zudem mittelfristig eine Reform der Alterssicherungssysteme, die erhebliche Kosten verursachen dürfte. Hier stehen — vor allem aus demographischen Gründen — ähnliche Probleme wie in Deutschland an. Der diskutierte Aufbau einer teilweise kapitalgedeckten Alterssicherung würde bei einer entsprechenden öffentlichen Förderung erhebliche Mittel erfordern.

Arbeitsmarktpolitik

Hier geht es vor allem darum, die Arbeit wieder „lohnender“ zu machen und die Reintegration Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Es gibt „traditionelle“ Programme, die alle im weitesten Sinn Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind.⁷ Dabei sollen Programme speziell für Jugendliche, durch die seit 1997 die Jugendarbeitslosigkeit um etwa ein Drittel reduziert werden konnte, fortgesetzt werden. Nunmehr rücken Maßnahmen in den Mittelpunkt, durch die der Anreiz zur Aufnahme einer Arbeit erhöht werden soll.⁸

Wichtigste aktuelle Maßnahme der neuen „Anreizpolitik“ ist in diesem Jahr die Einführung einer Beschäftigungsprämie (prime à l'emploi). Sie soll Geringverdienern (Einkommen vom 0,3fachen bis zu maximal dem 1,4fachen des Mindestlohnes SMIC, d. h. bis zu maximal 1 220 Euro) und Arbeitslosen Anreize geben, niedrig bezahlte Tätigkeiten aufzunehmen. Die Prämie i. e. S. entspricht 2,2 % des

steuerpflichtigen Lohnes. Dieser Satz wird 2002 auf 4,4 % und 2003 auf 6,6 % erhöht. Bei einem Lohn zwischen 1 und 1,4 SMIC nimmt die „Grundprämie“ allmählich bis auf null ab. Daneben gibt es zahlreiche Sonderregelungen etwa im Hinblick auf die Zahl der abhängigen Personen, die Relation der Einkommen der Eheleute untereinander und die Art der Arbeit (Voll- oder Teilzeit). Nach Berechnungen der französischen Finanzämter dürfte die Gesamtleistung in diesem Jahr im Durchschnitt 228 Euro betragen. Ein Paar mit zwei Kindern, bei dem beide Eheleute im Jahre 2000 den Mindestlohn (871 Euro) bekommen, kann eine Prämie bis zu 518 Euro erhalten. Die Prämie wird vom September dieses Jahres an — basierend auf den Einkommensteuerbescheiden 2000 — ausbezahlt und etwa 15 Millionen Personen zugute kommen. Je nachdem, ob diese einkommensteuerpflichtig sind oder nicht, wird der Betrag auf der Steuererklärung abgezogen, oder es wird — wenn der auszahlende Betrag höher ist als die zu zahlende Steuer — die Differenz direkt per Scheck ausbezahlt. Die Prämie erhöht insbesondere für Paare die Anreize zur Beschäftigungsaufnahme.⁹ Insgesamt sollen noch in diesem Jahr Prämien in Höhe von mindestens 1,2 Mrd. Euro ausbezahlt werden. Zudem gibt es gegenwärtig Überlegungen, die Prämienzahlungen aus konjunkturellen Gründen im nächsten Jahr vorzuziehen.¹⁰

Arbeitszeitpolitik

In diesem Feld steht seit 1997 die Einführung der 35-Stunden-Woche im Mittelpunkt. Seit dem 1. Februar 2000 ist die gesetzliche Dauer der effektiven Arbeitszeit in den privaten Unternehmen — mit Ausnahme der Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten — auf 35 statt auf 39 Stunden festgesetzt; zu Beginn dieses Jahres dürfte schon etwa ein Viertel aller Beschäftigten im Rahmen entsprechender Unternehmensabkommen gearbeitet haben. Die Reduzierung der Arbeitszeit auf 35 Stunden geschieht bei unverändertem Wochenlohn. Die hieraus resultierenden Kosten sollen durch Produktivitätsgewinne

⁶ Beim jüngsten Treffen der EU-Finanzminister in Lüttich am 21. / 22. September 2001 wurden zwar die Budgetprobleme im Gefolge der starken Konjunkturabschwächung sowie mögliche finanzielle Konsequenzen militärischer Aktionen diskutiert; zu Beschlüssen über eine Neukonzeption der Stabilitätsprogramme kam es jedoch bisher nicht.

⁷ Z. B. contrats initiative emploi, contrats de qualification, formation en alternance, contrats emploi consolidés, contrats emploi-solidarité.

⁸ Vgl.: Les principales propositions du rapport Pisani-Ferry. Extraits du rapport „Plein Emploi“ de Jean Pisani-Ferry/CAE. In: La lettre de confrontations, février-mars 2001.

⁹ Vgl.: Frankreich führt mit Beschäftigungsprämie Negativsteuer ein. In: Französische Botschaft, Service de Presse, 29.8.2001.

¹⁰ Vgl.: Le gouvernement envisage de doubler la prime pour l'emploi de 2001. In: Le Monde, 22. September 2001.

und staatliche Hilfen kompensiert werden. Die staatliche Hilfe besteht vor allem in einer Absenkung der Sozialabgaben. Damit wird erreicht, dass die Lohnstückkosten nicht beschleunigt steigen. Zwar hat sich der Stundenlohn deutlich erhöht, die Arbeitskosten einschließlich der Sozialabgaben nehmen aber nur maßvoll zu.

Durch die Arbeitszeitverkürzung soll die Zahl der Arbeitsplätze erhöht werden. In der Tat ging in den letzten Jahren, vor allem seit 1999, die durchschnittliche Arbeitszeit in Frankreich deutlich zurück (Abbildung 5). Lag die effektive Vollzeitbeschäftigung von Anfang der 80er Jah-

re an bei 39 Stunden, so verringerte sie sich nach verschiedenen Umfragen seit 1997 um durchschnittlich etwa 2 Stunden. Der Nettoeffekt für den Arbeitsmarkt, sei es aufgrund der Erhaltung oder der Neuschaffung von Arbeitsplätzen infolge der Arbeitszeitverkürzung, wird vom Finanzministerium für 1999 auf 70 000 und für 2000 bereits auf 150 000 Beschäftigte geschätzt.¹¹

Untersuchungen¹² deuten darauf hin, dass sich die Maßnahmen über die Schaffung neuer Arbeitsplätze teilweise selbst finanzieren; im Übrigen wurden zur Teilfinanzierung die Abgaben auf Tabak und Alkohol erhöht und eine Steuer auf besonders umweltschädliche Aktivitäten bestimmter Firmen sowie ein spezieller Sozialbeitrag bei größeren Firmen mit mehr als 50 Mill. FF Umsatz erhoben.¹³

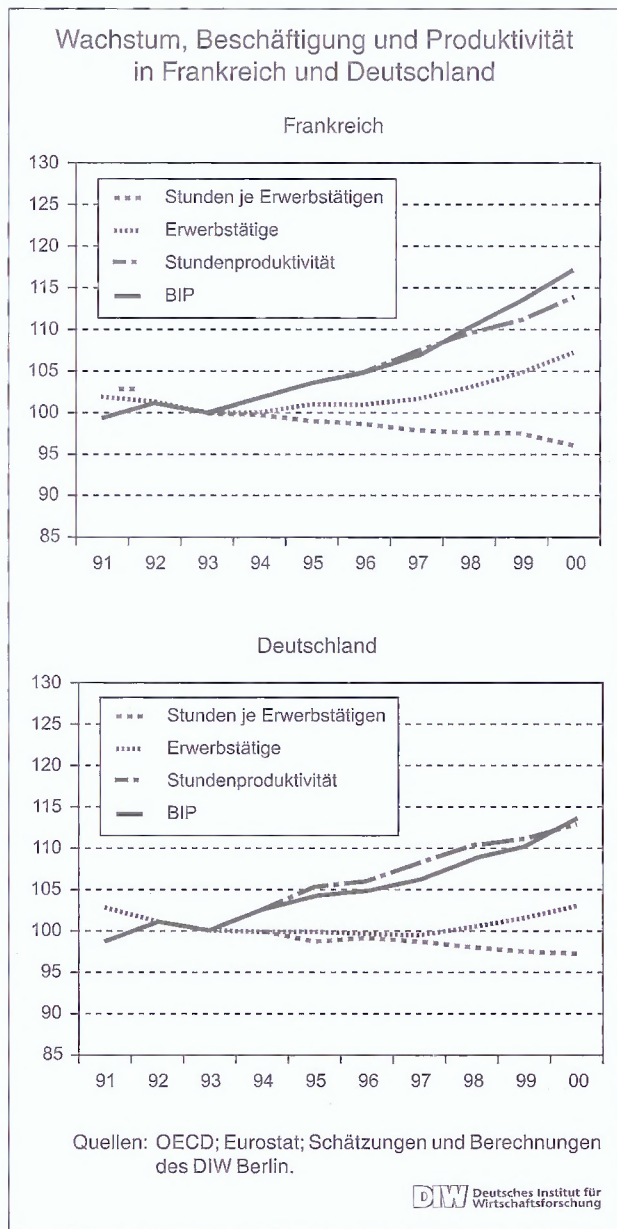
Bedenklich für die Tragfähigkeit des Gesamtprojektes ist, dass sich für den öffentlichen Sektor mit seinen fast 5 Millionen Beschäftigten (etwa 21 % der Gesamtbeschäftigung) noch kein einheitliches Konzept abzeichnet. Ein erster Versuch, ein Gesamtabkommen für den öffentlichen Dienst abzuschließen, ist im Frühjahr 2000 gescheitert. Gegenwärtig wird nur in Teilbereichen, so im Krankenhausbereich, verhandelt. Die Regierung möchte noch zum 1. Januar 2002 eine allgemeine Regelung für den öffentlichen Dienst in Kraft setzen; dies dürfte indes kaum zu schaffen sein.

Fazit

Die gegenwärtige Konjunkturschwäche beeinträchtigt auch in Frankreich die Arbeitsmarktentwicklung erheblich. Die noch im letzten Jahr allgemein erhoffte rasche Annäherung an einen befriedigenden Beschäftigungsstand ist weiter in die Ferne gerückt. Dennoch sind die beschäftigungspolitischen Erfolge der letzten Jahre gerade im Vergleich zu Deutschland beeindruckend.

Bei gleichen geldpolitischen Rahmenbedingungen ist es in Frankreich anders als in Deutschland gelungen, das Wirtschaftswachstum auf breiter Basis zu stimulieren. Maßgeblich dafür war das Zusammenspiel verschiedener wirtschaftspolitischer Maßnahmen: einer antizyklischen Finanzpolitik, einer Lohnpolitik, die den Verteilungsspielraum weitgehend ausschöpfte, einer Verstärkung der Anreize zur Arbeitsaufnahme und einer Verkürzung der Arbeitszeit. Dadurch konnte die Beschäftigung deutlich erhöht und die Arbeitslosigkeit spürbar gesenkt werden.

Abbildung 5



¹¹ Vgl.: 35-heures: où en sommes nous? Lettre de l'OFCE No. 206, Juni 2001.

¹² A. a. O.

¹³ OECD: Economic Survey France, July 2000, S. 86.

Private Internet-Nutzung: Bildung und Einkommen auch bei Jugendlichen von großer Bedeutung

Über die Nutzung von PC und Internet gibt es zwar eine ganze Reihe von aktuellen Umfragen; diese Erhebungen erlauben jedoch zumeist keine tief gegliederten Analysen zu den sozio-ökonomischen Determinanten der Nutzung dieser neuen Technologien.¹ Mit dem vom DIW Berlin erhobenen Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) liegt eine Stichprobe vor, die derartige Strukturanalysen erlaubt; bislang wurde die Nutzung des Internets nur indirekt erhoben.² Mit der Stichprobe vom Frühjahr 2000 liegen nunmehr direkte Informationen über die Internet-Nutzung vor; sie umfasst jetzt 12 500 Haushalte mit nahezu 25 000 befragten Haushaltsmitgliedern im Alter von mindestens 16 Jahren.³ Trotz der dynamischen Entwicklung der Internet-Nutzung spricht die Erfahrung dafür, dass die aus den gut ein Jahr alten SOEP-Daten abgeleiteten Aussagen in ihrem Kern auch heute noch gültig sind.

Ausstattung der Haushalte mit Personalcomputern

Im SOEP wird bei der Ermittlung der Haushaltsausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern auch nach dem Besitz von Computern gefragt. Danach verfügten in Deutschland im Jahre 2000 hochgerechnet knapp 17 Mill. Haushalte (43 %) über mindestens einen PC (Tabelle 1); im Jahre 1998 waren es erst 35 %. Die Möglichkeit, das Internet zu nutzen, hatten im Frühjahr 2000 rund 9 Mill. Haushalte (23 %), ebenfalls deutlich mehr als zwei Jahre zuvor (17 %).

Die Einkommenssituation und die Zusammensetzung der Haushalte haben einen entscheidenden Einfluss auf die Nutzung von PC und Internet. Hinzu kommen nach den neuesten Untersuchungen auch Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Nach den SOEP-Daten hatten im Jahre 2000 in den alten Ländern 45 % aller Haushalte einen PC, während in den neuen Ländern nur 38 % mit einem Computer ausgestattet waren. Der regionale Einfluss ist allerdings nicht so ausgeprägt wie die anderen Bestimmungsgründe.⁴

Eine Unterscheidung nach dem Haushaltseinkommen⁵ macht deutlich, dass einkommensarme Haushalte⁶ zum deutlich geringeren Teil (35 %) einen PC besitzen als der Durchschnitt. Besonders niedrig ist der Anteil bei Haushalten, die Sozialhilfe beziehen; hier verfügt nur rund ein Viertel über einen PC. Hingegen besitzen 61 % der wohlhabenden⁷ Haushalte einen PC. War im Jahre 2000 jeder sechste Haushalt in den alten Ländern als wohlhabend zu bezeichnen, so zählte in den neuen Ländern nicht einmal jeder zwanzigste Haushalt zu dieser Gruppe.

Noch größer ist der Vorsprung der wohlhabenden Haushalte bei der Internet-Nutzung. Während 37 % von ihnen dieses Medium nutzen, ist es bei Normalverdienern gerade ein Fünftel, bei Haushalten von Sozialhilfeempfängern gut ein Zehntel.

Ehepaare mit Kindern weisen einen weit überdurchschnittlichen PC-Besitz auf: In drei von vier Haushalten, in denen (Ehe-)Paare mit sowohl jüngeren als auch älteren Kindern leben, stehen Computer; bei fast der Hälfte dieser Haushalte ist auch ein Anschluss an das Internet vorhanden.

Bei Haushalten von Alleinerziehenden fällt dieser Anteil mit etwa 47 % deutlich niedriger aus; hier macht sich die Einkommensschwäche der Haushalte von Alleinerziehenden zum Nachteil der Kinder bemerkbar. Entsprechende Unterschiede sind auch bei der Nutzung des Internets zu finden. So nutzen nur 21 % der Alleinerziehenden-Haushalte das Internet; bei den anderen Haushalten mit Kindern reichen die Anteile von 28 % bis 36 %.

Internet-Nutzung zu Hause

Im Jahre 2000 hatte fast jeder Dritte der über 16-Jährigen — hochgerechnet rund 27 Mill. Menschen — zu Hause einen PC (Tabelle 2). Das Internet wurde in den eigenen vier Wänden nur von 16 % genutzt.⁸ Schließt man

¹ Eine Ausnahme ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die im Jahre 1998 Daten zum PC-Besitz erhoben hat.

² Vgl. auch: Computer- und Internetnutzung hängen stark von Einkommen und Bildung ab. Bearb.: John Haisken-De New, Rainer Pischner und Gert G. Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 41/2000. Hier wurde unterstellt, dass die Ausstattung eines privaten PC mit einem Modem gleichzusetzen ist mit der Nutzung des Internets. In jenem Bericht wurden auch die Daten zur beruflichen PC- und Internet-Nutzung für das Jahr 1999 ausgewertet.

³ Da im SOEP der Besitz eines PC und die Nutzung des Internets nur eine unter vielen Fragen ist, wird auch das Problem vermieden, dass Haushalte ohne PC sich bei Spezialumfragen von vornherein nicht an der Umfrage beteiligen.

⁴ Ergebnisse mehrerer multipler Regressionsanalysen (nicht tabellarisch ausgewiesen).

⁵ Berechnet wird ein bedarfsgewichtetes Netto-Monatseinkommen, das so genannte Äquivalenzeinkommen der Haushalte. Im Äquivalenzeinkommen werden Größe und Struktur der Haushalte besser als bei Pro-Kopf-Einkommen berücksichtigt. Vgl. z. B.: Einkommensverteilung in Deutschland — Stärkere Umverteilungseffekte in Ostdeutschland. Bearb.: Markus M. Grabka. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/2000.

⁶ Als arm gilt ein Haushalt, der über weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens verfügt.

⁷ Als wohlhabend gilt ein Haushalt, der über wenigstens 150 % des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens verfügt.

⁸ Die Internet-Nutzung in Internet-Cafés u. Ä. wurde im Jahre 2000 im SOEP nicht ermittelt.

Tabelle 1

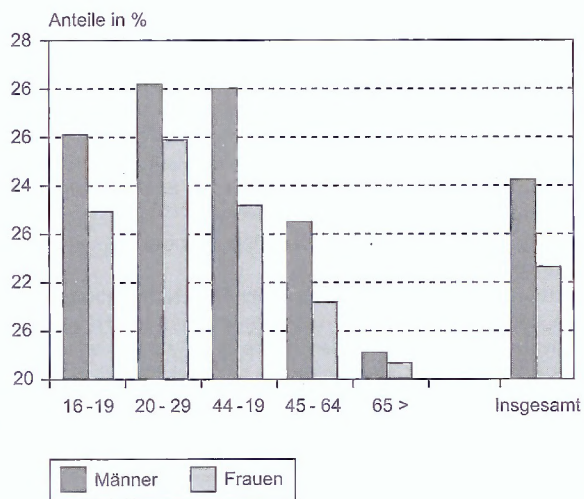
Ausstattung der Privathaushalte in Deutschland mit Personalcomputern (PC) im Frühjahr 2000

Anteile in %

	Insgesamt		Alte Länder		Neue Länder	
	PC-Besitz	PC mit Internet-Anschluss	PC-Besitz	PC mit Internet-Anschluss	PC-Besitz	PC mit Internet-Anschluss
Insgesamt	43	23	45	25	38	17
<i>Nationalität</i>						
Deutsche Haushalte	44	24	45	25	38	17
Ausländische Haushalte	38	20	38	20	.	.
<i>Einkommenslage</i>						
Sozialhilfeempfänger	26	11	25	11	30	9
Einkommensarme Haushalte ¹⁾	35	15	35	17	34	12
Normal verdienende Haushalte ¹⁾	41	21	42	22	37	17
Wohlhabende Haushalte ¹⁾	61	37	61	38	66	34
<i>Haushaltstyp</i>						
Ein-Personen-Haushalt	30	19	31	20	22	13
(Ehe-)Paar ohne Kinder	38	21	40	23	27	12
Alleinerziehende	47	21	46	22	51	17
(Ehe-)Paar mit ältestem Kind jünger als 16 Jahre	68	34	69	36	65	26
(Ehe-)Paar mit jüngstem Kind 16 Jahre und älter	61	28	60	29	64	28
(Ehe-)Paar mit Kindern beider Altersgruppen	76	36	75	36	80	33
Mehr-Generationen-Haushalt	53	20	75	18	54	25

¹⁾ Zu den einkommensarmen Haushalten werden jene Haushalte gerechnet, die über weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens verfügen. Als wohlhabend werden Haushalte bezeichnet, deren Einkommen mehr als 150 % über dem Durchschnittswert liegt. Die übrigen Haushalte gelten als normal verdienende Haushalte.

Quellen: SOEP 2000 (vorläufige Gewichtung); Berechnungen des DIW Berlin.

Private Nutzung des Internets im Jahre 2000
nach Alter und Geschlecht

Quellen: SOEP 2000; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung

diejenigen ein, die dieses Medium nur an ihrem Arbeitsplatz einsetzen, machten insgesamt 22 % vom Internet Gebrauch (nicht tabellarisch ausgewiesen).⁹

Das Interesse am Internet ist erwartungsgemäß stark altersabhängig (Abbildung). In der Gruppe der 16- bis 20-Jährigen surfen 21 % zu Hause im Internet. Die Gruppe der 20- bis 29-Jährigen geht mit 28 % am häufigsten in das Internet. Auch bei den 30- bis 44-Jährigen ist der Anteil mit

⁹ Eine „Online-Studie“ von ARD und ZDF für Mai/Juni 2000 ergab, dass 29 % der Befragten im Alter von 14 Jahren und älter das Internet nutzten; im entsprechenden Zeitraum 2001 waren es bereits 39 %. Vgl. Birgit van Einerem, Heinz Gerhard und Beate Frees: Internetnutzung stark zweckgebunden. ARD/ZDF-Online-Studie 2001. In: Media Perspektiven, 8/2001, S. 382–386. Gegenüber den SOEP-Daten aus dem Jahre 2000 ist dies ein um 6 Prozentpunkte höherer Anteil. Die Differenz ergibt sich durch den späteren Befragungszeitraum in der ARD/ZDF-Studie, durch die Einbeziehung der 14- und 15-jährigen Vielnutzer in dieser Studie und durch den bekannten Effekt, dass bei Spezialstudien, die eine bestimmte Aktivität vertieft untersuchen, mehr Befragte diese Aktivität angeben als bei Mehrthemen-Befragungen, die ein realistischeres Bild ergeben, da diejenigen, die die erfragte Aktivität sehr selten ausüben, ganz darauf verzichten, diese Aktivität zu nennen.

Tabelle 2

PC- und Internet-Nutzung in der Freizeit von Personen in Privathaushalten im Frühjahr 2000
Anteile in %

	Insgesamt		Männer		Frauen		Ausländer	
	PC	Internet	PC	Internet	PC	Internet	PC	Internet
Insgesamt	32	16	39	20	26	11	23	10
Region								
Alte Länder	33	17	41	22	26	12	22	10
Neue Länder	30	11	34	13	26	9	*	*
Alter								
16 – 29 Jahre	50	26	56	29	45	23	28	10
30 – 44 Jahre	48	24	53	30	42	18	30	15
45 – 59 Jahre	32	15	39	19	25	10	13	5
60 Jahre und älter	8	3	13	4	5	2	12	*
Schulabschluss								
Hauptschule	16	6	22	9	11	3	14	3
Realschule	39	16	45	21	34	13	26	10
Fachoberschule	52	27	59	32	41	20	39	23
Gymnasium	60	38	67	44	52	31	61	34

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Fallzahl.
Quellen: SOEP 2000 (vorläufige Gewichtung); Berechnungen des DIW Berlin.

24 % noch recht hoch. Erst bei den 45- bis 64-Jährigen geht die Nutzung deutlich — auf etwa 12 % — zurück. Bei den noch Älteren beträgt der Anteil derjenigen, die sich des neuen Mediums bedienen, nur noch 2 %. Bei insgesamt niedrigerer Nutzung durch Frauen unterscheiden sich die Altersprofile für Männer und Frauen nur wenig.

In Westdeutschland machen Männer etwa doppelt so häufig wie Frauen zu Hause vom Internet Gebrauch (22 % gegenüber 12 %). In Ostdeutschland ist — auf deutlich niedrigerem Niveau — der Unterschied geringer (13 % gegenüber 9 %). Ausländer surfen privat mit nur 10 % weit weniger als Deutsche; dieser Unterschied ist nur zum Teil auf die im Durchschnitt schlechtere Schulbildung der Ausländer und somit auch auf das niedrigere Einkommen — beides Einflüsse für eine geringere PC- und Internet-Nutzung — zurückzuführen. Ausländer mit Internet-Aktivitäten sind deutlich besser in die Gesellschaft in Deutschland integriert als Nichtnutzer; beispielsweise sprechen Letztere nur zu 37 % überwiegend deutsch, während es bei den Nutzern 63 % sind.

Verdrängen Computer und Internet andere Aktivitäten?

Es wird von vielen befürchtet, dass die intensive Nutzung von PC und Internet Jugendliche von anderen Aktivitäten abhält, die auch für das spätere Leben wichtig

sind. Für die 16- und 17-Jährigen wurden im SOEP im Jahre 2000 mit Hilfe eines Spezialfragebogens nicht nur Computeraktivitäten, sondern auch andere Freizeitaktivitäten detailliert erfasst. Mit etwa zwei Dritteln ist der Anteil dieser Jugendlichen, die das Internet nutzen, in der Tat sehr hoch (Tabelle 3). Mit Blick auf die Schulbildung gibt es merkbliche Unterschiede: 40 % der jungen Männer und sogar 75 % der jungen Frauen, die einen Hauptschulabschluss haben oder anstreben, nutzen das Internet überhaupt nicht. Am häufigsten ist erwartungsgemäß der Gebrauch bei den Gymnasiasten und Fach-

Tabelle 3
Nutzung des Internets von Jugendlichen
im Alter von 16 und 17 Jahren im Frühjahr 2000
Anteile in %

	Insgesamt	Männlich	Weiblich
(Geplanter) Schulabschluss			
Hauptschulabschluss	45	60	25
Realschulabschluss	67	74	59
(Fach-)Hochschulreife	75	77	72
Insgesamt	68	73	63

Quellen: SOEP 2000 (Jugendfragebogen); Berechnungen des DIW Berlin.

Tabelle 4

**Einschätzung der Bedeutung ausgewählter Freizeitbeschäftigungen
von 16- und 17-jährigen Jugendlichen im Frühjahr 2000**
Anteile in %

Freizeitbeschäftigung	Keine PC- oder Internet-Nutzung				PC- oder Internet-Nutzung			
	Sehr wichtig	Wichtig	Weniger wichtig	Wichtig	Sehr wichtig	Wichtig	Weniger wichtig	Nicht wichtig
Lesen	9	22	47	22	8	31	38	22
Musizieren	6	10	21	63	9	8	19	64
Sport treiben	31	34	26	9	44	31	18	7
Nichts tun / Abhängen / Träumen	13	32	42	12	8	29	40	22

Quellen: SOEP 2000 (Jugendfragebogen); Berechnungen des DIW Berlin.

Tabelle 5

PC- und Internet-Nutzung sowie Schulaktivitäten von 16- und 17-jährigen Jugendlichen im Frühjahr 2000
Anteile in %

Aktivität	Keine PC- oder Internet-Nutzung	PC- oder Internet-Nutzung
Beteiligung an		
Schülerzeitung	2	9
Schultheater- oder -tanzgruppe	4	21
Schulorchester, -chor oder -musikgruppe	18	26
Schulsportgruppe	18	40
Keine Schulaktivitäten außerhalb des Unterrichts	49	33

Quellen: SOEP 2000 (Jugendfragebogen); Berechnungen des DIW Berlin.

überschülern; drei Viertel dieser Schüler sind Internet-Nutzer.¹⁰

Die SOEP-Zahlen zeigen auch, dass die Internet-Nutzung die 16- und 17-Jährigen nicht davon abhält, andere Freizeitaktivitäten für wichtig zu halten. Nicht überraschen mag, dass Internet-Nutzer Lesen etwas wichtiger finden als Nichtnutzer (Tabelle 4). Für beide Gruppen ist Musizieren ungefähr gleich wichtig. Auf den ersten Blick überraschend dürfte sein, dass Internet-Nutzer dem Sport eine große Bedeutung einräumen, da sie oft als „Stubenhocker“ angesehen werden. Zu beachten ist aber, dass das Internet stärker von Gymnasiasten genutzt wird; diese treiben auch deutlich mehr Sport als andere Jugendliche. Aber auch unter den Gymnasiasten sind die Internet-Nutzer stärker am Sport interessiert als andere. Multiple Regressionsanalysen bestätigen, dass jugendliche Internet-Nutzer insgesamt überdurchschnittlich aktiv sind. Auch Betätigungen in der Schule außerhalb des normalen Unterrichts werden durch das Surfen im Netz offensichtlich nicht beeinträchtigt (Tabelle 5).

Fazit

Der private Besitz eines PC ist in Deutschland über alle sozialen Schichten breit gestreut. Von großem Einfluss sind Alter, Geschlecht, Schulbildung und Einkommen. Erwartungsgemäß sind der PC und das Internet den meisten älteren Menschen bislang zumeist fremd geblieben.

Wohlhabende Eltern stellen ihren Kindern weit häufiger einen PC zur Verfügung als einkommensschwächere. Insbesondere Kinder von Alleinerziehenden, die meist zu den einkommensschwachen Haushalten zählen, haben in

¹⁰ Bei denjenigen, die das Internet nutzen, gibt es hinsichtlich der Intensität deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede (nicht tabellarisch ausgewiesen). Jungen surfen mit 12 Stunden pro Woche im Durchschnitt ungefähr doppelt so lange wie Mädchen. Innerhalb der Gruppe der Nutzer sind die bildungsspezifischen Unterschiede gering; lediglich Jungen mit Hauptschulabschluss sind mit vier Wochenstunden deutlich seltener im Netz als die Schüler mit besserer Ausbildung.

deutlich geringerem Maße einen privaten PC-Zugang als andere Kinder. Zwar führt die Internet-Nutzung nicht von selbst zu einer besseren Bildung,¹¹ doch dürfte ein effektiver Gebrauch von PC und Internet zunehmend zu einer wichtigen Kulturtechnik wie Lesen und Schreiben werden. Die Schulen sollten deshalb in die Lage versetzt werden, allen Kindern — unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund — Erfahrungen mit dem PC und dem Internet zu vermitteln. Dazu gehören nicht nur eine bessere Ausstattung der Schulen mit Hard- und Software, sondern auch

eine entsprechende Wartung der Geräte und eine gezielte Weiterqualifikation der Lehrerkollegien. Empirisch lassen sich keine Belege dafür finden, dass die Internet-Nutzung Schülerinnen und Schüler von anderen Freizeitbeschäftigungen wie insbesondere musischen und sportlichen Aktivitäten abhält.

¹¹ Vgl. Kai Michel: Ich bin drin — eine Illusion. In: Berliner Zeitung, Nr. 224 vom 25.9.2001.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sigheilm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.
- Heft 180 **Der deutsche Dienstleistungshandel im internationalen Vergleich.** Von Siegfried Schultz und Christian Weise unter Mitarbeit von Dietmar Schumacher. 151 S. 1999. (3-428-09845-5). DM 140,— / öS 1.022,— / sFr 124,—.
- Heft 181 **Der Dienstleistungssektor in Hamburg — Stand, Verflechtung, Qualifikation und Entwicklungschancen.** Von Martin Gornig, Peter Ring und Reiner Stäglin. 230 S. 1999. (3-428-09901-X). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 182 **Ökonomische Wirkungen der Städtebauförderung in Mecklenburg-Vorpommern.** Von Lorenz Blume (Universität Göttingen), Klaus-Peter Gaulke (DIW) und Josef Rother (GEFAK). Projektleitung: Rolf-Dieter Postlep (DIW). 108 S. 1999. (3-428-09915-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 183 **Unternehmensbezogene Dienstleistungen im Land Brandenburg — Strukturen, Defizite und Entwicklungsmöglichkeiten.** Von Kurt Geppert. 122 S. 1999. (3-428-09941-9). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 184 **Auswirkungen der weltweiten Konzentration in der Bergbauproduktion auf die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft.** Von Peter Eggert, Alfred Haid, Eberhard Wettig (DIW), Manfred Dahlheimer, Manfred Kruszona, Hermann Wagner (BGR). 398 S. 2000. (3-428-10273-8). DM 198,— / öS 1.145,— / sFr 176,—.
- Heft 185 **Kommunalfinanzen und kommunaler Finanzausgleich in Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 164 S. 2000. (3-428-10274-6). DM 148,— / öS 964,— / sFr 131,—.
- Heft 186 **Aktuelle steuerliche Rahmenbedingungen für den privaten Mietwohnungsbau — Wirkungen und Alternativen.** Von Stefan Bach und Bernd Bartholmai. 127 S. 2000. (3-428-10382-3). DM 138,— / sFr 122,—.

— Einer Teilaufgabe liegt ein Prospekt bei —

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Ulrich Kamecke (kommissarisch),
Prof. Dr. Hans-Georg Petersen (kommissarisch), Wolfram Schreittl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel,
Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Hans-Joachim Ziesing

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann

Erfolgreiche Beschäftigungspolitik in Frankreich

Bearbeitet von Joachim Volz

Private Internet-Nutzung: Bildung und Einkommen auch bei Jugendlichen von großer Bedeutung

Bearbeitet von John Haisken-DeNew, Rainer Pischner und Gert G. Wagner

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304